

**Antrag auf einmaligen Zuschuss
zur Digitalisierung bayerischer Hospizvereine,
insbesondere Anschaffung von Verwaltungssoftware im Jahr 2025**

**Bitte beachten: Antragstellung nur bis zum 31.03.2025 (Eingang bei der Stiftung) möglich.
Bitte reichen Sie den Antrag per Mail ein.**

I. Allgemeine Angaben		Zutreffendes bitte ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen										
Antragsteller												
Straße, Hausnummer												
PLZ, Ort												
Ansprechpartner/in												
E-Mailadresse		Telefonnummer										
Bankverbindung (Geldinstitut)												
IBAN <table border="1" style="width: 100%; height: 20px; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td><td style="width: 12.5%;"></td></tr></table>												
Der Verein wird nach § 39a Abs. 2 SGB V gefördert <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Die Voraussetzungen für eine Förderung nach § 39a Abs. 2 SGB V liegen vor, eine Förderung wird aber nicht beantragt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja												
II. Beantragte Leistung												
Art der Kosten (z.B. Anschaffung und Gestaltung der Software für Einsatzplanung, Dokumentation, Abrechnung, Kommunikation)		Kosten im Jahr 2025										
Hiermit wird bestätigt, <ul style="list-style-type: none"> dass die Kosten für die Digitalisierung nicht vor dem 01.01.2025 angefallen sind sowie die Zahlung zwischen dem 01.01.2025 und dem 31.12.2025 erfolgt. dass spätestens bis zum 31.01.2026 die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung nachgewiesen wird; dies umfasst insbesondere auch die Mitteilungspflicht des Empfängers über Leistungen und Zuwendungen Dritter sowie über die Änderung und das Wegfallen maßgeblicher Umstände. Falls die Stiftung weitere Nachweise für erforderlich hält, ist der Empfänger verpflichtet, diese Nachweise spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Anforderung zu erbringen. 												

- dass an geeigneter Stelle öffentlichkeitswirksam auf die Förderung durch die Stiftung hingewiesen wird. Zu diesem Zweck können Plakate und Broschüren bei der Stiftung angefordert werden.
- dass im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit folgendes veranlasst wird:
 - Es wird ein deutlicher Hinweis darauf gegeben, dass dieses Projekt mit Haushaltsmitteln des bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) gefördert wird. Der Hinweis lautet: „dieses Projekt wird aus Mitteln des bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege gefördert“ und ist auf allen Unterlagen, wie Teilnahmebestätigung, Bescheinigungen und sonstigen Hinweisen im Zusammenhang mit dem Projekt anzubringen.
 - Dabei muss immer die Wort-Bildmarke des StMGP enthalten sein. Die Wort-Bildmarke des StMGP erhalten Sie auf Anfrage unter oeffentlichkeitsarbeit@stmgp.bayern.de.
- dass der Stiftung unverzüglich mitgeteilt wird, wenn Mittel Dritter hinzukommen, sich der Verwendungszweck oder sonstige für die Zuwendung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen, der Verwendungszweck nicht zu erreichen ist, aus der Zuwendung angeschaffte Gegenstände vor Ablauf der Bindungsfrist nicht mehr zweckentsprechend verwendet werden oder ein Insolvenzverfahren droht.
- dass die mit dem Projekt zusammenhängenden Unterlagen, insbesondere Rechnungen und Verträge, nach Vorlage des Verwendungsnachweises noch für einen Zeitraum von fünf Jahren aufbewahrt werden und die Stiftung berechtigt ist, diese Unterlagen zu prüfen. Diese Prüfrechte stehen auch dem ZBFS sowie dem StMGP zu. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof und die von ihm Beauftragten sind in vollem Umfang zur Prüfung berechtigt (Art. 91 BayHO).
- dass die Stiftung berechtigt ist, Erkundigungen einzuholen, die zur Feststellung der Leistungsvoraussetzungen sowie der Voraussetzungen für eventuelle Rückzahlungsansprüche erforderlich sind. Der Empfänger verpflichtet sich, erforderliche Einverständniserklärungen auf Anfrage zu erteilen.

Auf Folgendes wird hingewiesen:

- Eine etwaige Zuwendung erfolgt auflösend bedingt. Die auflösende Bedingung tritt ein, wenn die Zuwendung nicht zweckentsprechend verwendet wird, der Empfänger mit seinen vertraglichen Pflichten – insbesondere seinen Auskunfts- und Nachweispflichten – in Verzug kommt oder ein Dritter die Leistungen der Stiftung anrechnet. Bei Eintritt der auflösenden Bedingung sind bereits erhaltene Mittel durch den Empfänger zurückzuzahlen.
- Geschäftsgrundlage für eine etwaige Zuwendung ist, dass die Angaben des Empfängers zutreffen und vollständig sind. Fehlt die Geschäftsgrundlage, so ist die Zuwendung in vollem Umfang zurückzuzahlen.
- Rückzahlungsansprüche bestehen auch insoweit, als der Empfänger nicht mehr bereichert ist. Rückzahlungsansprüche sind mit 6 v. H. für das Jahr zu verzinsen.

Mit der Stellung eines Antrags auf Gewährung einer Zuwendung wird ausdrücklich anerkannt, dass mit den o. a. Bedingungen Einverständnis besteht und diese Grundlage einer Zuwendung sind.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für diesen Antrag gespeichert werden. Ich habe den Hinweis zum Datenschutz erhalten.

Hinweis: Die Einwilligung erfolgt freiwillig und kann verweigert bzw. jederzeit widerrufen werden. In diesem Fall müssen Sie damit rechnen, dass der Antrag abgelehnt werden kann.

Datum

Unterschrift